

# Von der nationalen Staatsbürger:innen-schaft zu Urban Citizenship in postmigrantischen Verhältnissen

Garabet Gül

## 1 Einleitung

Soziale Arbeit weist historisch diverse Überschneidungen und (ambivalente) Verbindungen zu verschiedenen sozialen Bewegungen auf (Wagner 2009). Die gegenwärtige Praxis der Sozialen Arbeit im Migrations- und Fluchtbereich hingegen steht vor allem für professionelle Integrationsarbeit und weniger für eine Nähe zu migrantischen sozialen Kämpfen. Um das vorherrschende Integrationsparadigma zu überdenken, bedarf es auch konzeptueller Blickverschiebungen. In diesem Sinne führt dieser Beitrag zwei Forschungsstränge zusammen: Einerseits neuere Entwicklungen und Ansätze in der Staatsbürger:innenschafts- bzw. Citizenship-Forschung und andererseits die Perspektive der Postmigrationsforschung. Im Anschluss an die kritische Migrationsforschung<sup>1</sup> werden *Urban Citizenship* und *Postmigration* als konzeptuelle Alternativen zur nationalstaatlichen Integrationslogik vorgestellt. Ziel ist es, Anschlussmöglichkeiten der beiden Zugänge für eine sozialarbeiterische Kritik der zeitgenössischen Integrationspolitik und -praxis aufzuzeigen.

## 2 Jenseits und diesseits der Nation: Diskurse um Citizenship und Migration im Wandel

Sowohl in der Citizenship- als auch der Migrationsforschung hat der Nationalstaat seinen Nimbus als exklusive Analyseeinheit für politische Mitgliedschaft und gesellschaftliche Integration eingebüsst. In beiden Forschungsrichtungen finden seit längerer Zeit kritische Auseinandersetzungen mit der bürger-

1 Ich orientiere mich hier am Verständnis von (herrschafts-)kritischer Migrationsforschung bei Mecheril et al. Sie bestimmen dafür drei Ziele: Erstens die Analyse von Herrschaftsstrukturen, zweitens die Untersuchung entsprechender Subjektivierungsprozesse und drittens «die Analyse von Möglichkeiten und Formen der Verschiebung und Veränderung von Zugehörigkeitsordnungen und Herrschaftsstrukturen, sowie des Widerstands gegen sie und in ihnen» (2016, 36–38).

lich-liberalen Vorstellung von «Staatsbürgerschaft» statt. Dabei weisen aktuellere Diskurse rund um Citizenship (Bauböck 2018; Mackert & Turner 2017) verschiedene gemeinsame Bezugspunkte zu Neuperspektivierungen in der deutschsprachigen Migrationsforschung auf (Foroutan 2019; Bojadzijeve & Römhild 2014; Mecheril et al. 2013; Hess et al. 2009). Parallelen und Überschneidungen lassen sich insbesondere zwischen dem «Bruch mit dem klassischen Konzept der Staatsbürgerschaft» (Mackert 2006, 107) in den *Citizenship-Studies* auf der einen und der «reflexiven Wende in der Migrationsforschung» (Nieswand & Drotbohm 2014) auf der anderen Seite nachzeichnen. Beide Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit ökonomischen Globalisierungsprozessen und transnationalen Migrationsphänomenen sowie damit verbundenen sozialen und politischen Kämpfen. Was den theoretischen Rahmen betrifft, beziehen sich diverse Studien in beiden Forschungssträngen auf post-strukturalistische und postkoloniale Theorien und untersuchen aus dieser Sicht gesellschaftliche Differenz- und Repräsentationsverhältnisse. Während in den Citizenship-Studies allgemeine Fragen zum Verhältnis von politischen Rechten und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten im Vordergrund stehen, werden im Bereich der Migrationsforschung stärker migrationsbezogene Diskurse und Positionierungsprozesse sowie migrantische Biografien fokussiert. Seit ein paar Jahren nun wird im Kontext der kritischen deutschsprachigen Stadt- und Migrationsforschung vermehrt auf den Citizenship-Begriff zurückgegriffen. Untersucht und diskutiert werden dabei – im Rahmen von *und* quer zu nationalstaatlichen Grenzziehungen und Integrationslogiken – städtische Formen der Bürger:innenschaft sowie lokale Möglichkeiten der Zugehörigkeit und Teilhabe (Kubaczek & Mokre 2021; Aigner & Kumnig 2018; Hess & Lebuhn 2014). Ein solcher sozialräumlicher Fokus ist auch für die Soziale Arbeit von Relevanz; nämlich insofern, als es dabei um das Erweitern und Schaffen lokaler Rechte und Handlungsräume geht. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die kritische Auseinandersetzung mit dem klassischen Konzept der Staatsbürger:innenschaft sowie dem damit verbundenen Integrationsparadigma.

### 3 Citizenship als Status und Praxis

Der Aufsatz «Staatsbürgerrechte und soziale Klassen» vom englischen Soziologen Thomas H. Marshall aus dem Jahr 1950 gilt als Ausgangstext des klassischen Paradigmas der soziologischen Staatsbürger:innenschaftsforschung (Marshall 2000; vgl. auch Mackert 2006, 28–40). Wie der Titel schon sagt, interessierte sich Marshall für den Zusammenhang von staatlichen Bürger:innenrechten und sozialen Klassenstrukturen. Der moderne, bürgerlich-liberale Nationalstaat bildete dabei den primären Analyserahmen. Politisch-normativ

ging Marshall von der Annahme aus, dass soziale Ungleichheiten innerhalb eines Nationalstaats insofern gerechtfertigt seien, als alle Menschen einen rechtlich gleichwertigen Status als Staatsbürger:innen besitzen (Mackert 2006, 30). In diesem Sinne betrachtete Marshall die Institution der Staatsbürger:innenschaft mit ihren bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten in erster Linie als ein Instrument gesellschaftlicher Integration. Damit liessen sich, so Marshalls Auffassung, klassenförmige soziale Ungleichheiten zwar nicht beseitigen, zumindest jedoch durch sozial- und bildungspolitische Massnahmen gleiche Chancenbedingungen *innerhalb* eines nationalen Territoriums herstellen (Mackert 2006, 37).

Dieses in der liberalen Gerechtigkeitstradition verankerte Staatsbürger:innenschafts-Verständnis wird seit geraumer Zeit und insbesondere seit den 1980er Jahren von verschiedenen Seiten kritisiert (Mackert 2006, 57-60). Aus einer ungleichheits- und differenztheoretischen Sicht ist hier insbesondere die Kritik am eindimensionalen Charakter der politischen Ungleichheitsanalyse zu nennen. Geschlechts- und migrationsbezogene Macht- und Ungleichheitsverhältnisse etwa bleiben bei Marshalls Analyse weitgehend unberücksichtigt. Hieran anschliessend wird aus feministischer Sicht auch dafür plädiert, Citizenship nicht nur als Rechtsstatus aufzufassen, sondern gleichzeitig als eine vielfältige politische Partizipationspraxis (Lister 1998). Ähnlich argumentieren Zugänge, die stärker lebensweltliche und partizipative Aspekte von Citizenship in den Blick nehmen und dabei von *Lived Citizenship* (Lister et al. 2003) oder *Acts of Citizenship* (Isin & Nielsen 2008) sprechen.

Weiter wird der vorrangige Fokus auf nationale Statusrechte und Klassenverhältnisse bemängelt. In einer ökonomisch, gesellschaftlich und kulturell stark globalisierten Welt sei, so die allgemeine Stossrichtung dieser Kritik, ein primär nationalstaatlicher Analyserahmen nicht mehr angemessen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang Diskussionen um Ansätze wie *Postnational Membership* (Soysal 1994) oder *Global Citizenship* (Falk 1994).

Ein zusätzlicher Kritikpunkt bezieht sich auf die (Über-)Betonung von Inklusionseffekten und die Vernachlässigung von Exklusionsmechanismen (Grünendahl et al. 2019). Dabei wird angenommen, dass die «Staatsbürgerschaft als vermeintlicher Garant für Freiheit, Gleichberechtigung und Diskriminierungsschutz [...] auf eine widersprüchliche Art und Weise selbst eine Diskriminierungsform» darstellt, da sie «eng an die ethnische oder nationale Zugehörigkeit gebunden» ist (Grünendahl et al. 2019, 3). Insofern ist die Institution der Staatsbürger:innenschaft auch konstitutiv für einen auf ethno-nationalen Grenzziehungen basierenden «Rassismus ohne Rassen» (Balibar 1990).

Die genannten kritischen Einwände sind kennzeichnend für das Forschungsprogramm der (*Critical*) *Citizenship-Studies* (Isin & Turner 2002,

2007), das sich zu Beginn der 2000er Jahre zu etablieren begann (Mackert 2006, 106–122). Mackert nennt zwei Grundannahmen des klassischen Konzepts, die von den Citizenship-Studies abgelehnt werden: Zum einen «wird der Staat nicht mehr als entscheidende Institution der Legitimation von Rechten» betrachtet und zum anderen «gelten die nationale Identität, und damit auch die politische Gemeinschaft eines Nationalstaats, nicht mehr als die entscheidenden Bezugspunkte für ein Verständnis von Bürgerschaft» (2006, 107–108). Ausgehend von diesen Prämissen und entsprechenden Untersuchungen werden auch politische Forderungen gestellt und Alternativen diskutiert.<sup>2</sup>

Zusammengefasst ergibt sich aus den verschiedenen kritischen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlich-liberalen Citizenship-Verständnis eine Verschiebung der Analyseperspektive weg vom nationalen Rechtsstatus hin zum dynamischen und aktiv-politischen Charakter sowie den globalen, transnationalen und lokalen (Ermöglichungs-)Bedingungen von Citizenship. Trotz dieser analytischen und politisch-normativen Neuausrichtung bauen auch neuere Citizenship-Ansätze zum Teil weiterhin auf Marshalls Modell auf. Etwa indem sie die Vereinbarkeit von Staatsbürger:innenschaft und Menschenrechten sowie die anhaltende Bedeutung von Citizenship in gegenwärtigen Nationalgesellschaften als Voraussetzung für demokratische Werte und Praktiken betonen (Isin & Turner 2007, 5).

### 3.1 Urban Citizenship: Bürger:innenschaft als lokale Praxis

Der oben skizzierte Wandel innerhalb der Citizenship-Forschung lässt sich besonders gut am Begriff der *Urban Citizenship* (Stadtbürger:innenschaft) illustrieren. Ganz allgemein geht es dabei darum, dass Fragen um Rechte, Zugehörigkeit und Teilhabe auf lokaler Ebene ausgehandelt werden. Das «Domizilprinzip» wird hier nicht mehr exklusiv auf der Nationalstaatsebene verortet, sondern in erster Linie auf der städtischen (Wohnorts-)Ebene, so dass «die Stadt als Massstabebene der Zugehörigkeit in den Vordergrund rückt» (Bauder 2019, 40). Alle Menschen, die an einem Ort leben, sollen Zugang haben zu politischen und sozialen Rechten und sich am gesellschaftlichen Leben angemessen beteiligen können. Mit Blick auf Migrationsbedingungen und -prozesse geht es, wie Morawek (2018, 105) schreibt, um die «Anpassung politischer Instrumentarien an die vielfältige und durch Migration geprägte Realität moderner (Gross-)Städte». Problematisiert werden dabei nicht mehr Migration und Flucht, «sondern die ungleiche Verteilung von

2 Diesbezüglich wird den Citizenship-Studies auch vorgehalten, dass sie «soziologisch unterkomplex sind, allein auf der normativen Ebene verbleiben und schlicht Wünschenswertes propagieren» (Mackert 2006, 122).

Rechten und Ressourcen» (Morawek 2018, 105). Mit dieser Ausrichtung rücken auch migrantische Kämpfe «von unten» in den Blick, durch die Menschen sich (auch ohne offiziellen Aufenthaltsstatus) eigenständig als aktive Citizens einbringen (Hess & Lebuhn 2014, 20–23; Schilliger 2018, 20–23).

Erste Debatten darüber, wie auf lokaler Ebene eine inklusivere Citizenship-Politik realisiert werden kann, fanden in den 1990er Jahren in den USA und in Kanada statt. Bekannte Beispiele für folgenreiche Citizenship-Kämpfe sind die sogenannten *Sanctuary Cities*; Orte der Zuflucht, die auch Bewohner:innen ohne formalen Rechtsstatus Zugang zu öffentlichen Institutionen und Dienstleistungen gewähren. Die Regierungen dieser Städte stellen sich auch gegen die nationale Ausschluss- und Deportationspolitik und weisen ihre Polizei an, bei Kontrollen nicht routinemässig nach dem Aufenthaltsstatus zu fragen (Schilliger 2018, 23–24). Mittlerweile zählen sich diverse nordamerikanische Städte zu den Sanctuary Cities, darunter Grossstädte wie Los Angeles, New York und Toronto. In New York wurde im Jahr 2015 die New York City ID (IDNYC) eingeführt. Dabei handelt es sich um einen städtischen Ausweis, der Menschen ohne offizielle Dokumente mehr Aufenthaltssicherheit und erweiterte lokale Teilhabechancen (wie z. B. erleichteter Zugang zu Wohnraum, gesundheitlichen Dienstleistungen oder öffentlichen Bibliotheken) gewährt. Mit dieser City ID wurden rund 500'000 New Yorker:innen ohne formalen Aufenthaltsstatus zu *Urban Citizens* (Schilliger 2018, 24–26). Auch in verschiedenen europäischen Städten sind seither Aktionen und Initiativen nach dem Vorbild der Sanctuary Cities lanciert worden. Im deutschsprachigen Raum etwa das Netzwerk *Solidarity City*, das sich für solidarischere Formen des lokalen Zusammenlebens engagiert (Schilliger 2018, 28–29). Diesem Netzwerk sind inzwischen über 20 Städte in Deutschland und der Schweiz angeschlossen, darunter auch grössere deutsche Städte wie Berlin, Frankfurt oder München. In der Schweiz gehören Bern und Zürich dazu.

Ein konkretes Beispiel für Urban Citizenship in der Schweiz ist das von 2015–2016 in der Shedhalle Zürich durchgeführte Projekt «Die ganze Welt in Zürich». Das Projekt, an dem sich auch ehemalige Sans-Papiers beteiligten, erkundete Interventionsmöglichkeiten in die Migrationspolitik und suchte nach Wegen für eine «Demokratisierung der Schweizer Demokratie» (Morawek 2018, 105). Daraus ging der Verein «Züri City Card» hervor. Dieser engagiert sich für die Einführung eines städtischen Ausweises, der den rund 10'000 Sans-Papiers in der Stadt mehr Aufenthaltsschutz sowie soziale und kulturelle Teilhabe bieten soll. Mit «Wir alle sind Bern» und der «City Card Bern» besteht in der Stadt Bern eine verwandte Citizenship-Kampagne.

Auch wenn sich Urban Citizenship im Zuge sozialer Kämpfe und politischer Initiativen in den letzten Jahren weltweit in verschiedenen Städten institutionell etablieren konnte, dürfen die analytischen und die politisch-rechtli-

chen «Grenzen» (Morawek 2018, 106), «Fallstricke» (Schilliger 2018, 30–32) und «Ambivalenzen» (Rodatz 2016, 82–83) des Konzepts nicht aus den Augen verloren werden. In der Schweiz finden viele wichtige migrations- und sozialpolitische Entscheide auf nationaler Ebene statt. So besitzt etwa die City Card für Sans-Papiers keine übergeordnete aufenthaltsrechtliche Relevanz und gewährt damit auch keinen entsprechenden Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen und politischen Mitbestimmungsrechten. Ebenso gilt es, grenzüberschreitende ökonomische, politische und gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zu beachten, die die nationale Wirtschafts-, Sozial- und Migrationspolitik beeinflussen und auf diese Weise auch städtische Rahmen- und Lebensbedingungen prägen.

Überdies werden Sanctuary Cities auch dahingehend problematisiert, dass Sans-Papiers zwar etwas mehr Rechtssicherheit und Teilhabemöglichkeiten erhalten, sich dadurch aber nichts Grundlegendes an ihrer prekären Stellung im Arbeitsmarkt ändert (Rodatz 2016, 83). Kritisch verwiesen wird ausserdem auf neoliberale Standortpolitiken, die Migration «nicht mehr als (Integrations-)Problem, sondern als grundsätzliches Potenzial der Städte» auffassen (Rodatz 2012, 79). Migrationsbezogene Vielfalt verkommt so zu einer Ressource im «internationalen Standortwettbewerb der unternehmerischen Städte» (Rodatz 2016, 83). Mit dieser *Ökonomisierung von Vielfalt* gehen auch «unternehmerische Subjektivierungen» einher, die «Migrant:innen» als aktive und eigenverantwortliche Citizens adressieren und sie dazu auffordern, ihr individuelles (Vermarktungs-)Potenzial zu entfalten (Rodatz 2016, 83). Ähnliche Formen neoliberaler Subjektivierung sind auch typisch für die Schweizerische Integrationspolitik, «die uns einen Ausländer [vorführt], der selbstaktiv und aktivierbar ist, ein autonomes Subjekt, das in der Lage ist, sich selbst interessenmotiviert zu führen», seine «Chancen zu nutzen und sich selbst als zu realisierendes Integrationspotenzial zu verstehen» (Piñeiro 2015, 322–323).

Die erwähnten Einschränkungen und Schwierigkeiten zeigen, dass Urban Citizenship keine vom Nationalstaat und seinen Institutionen unabhängige Alternative darstellt. In städtischen Kämpfen treten jedoch zumindest die «Widersprüche der nationalstaatlichen Organisation einer globalisierten (und zunehmend urbanisierten) Welt» hervor (Rodatz 2016, 83). Während also der Begriff der Staatsbürger:innenschaft eng an die Institution des Nationalstaats gekoppelt ist und primär die formale und passive Mitgliedschaft fokussiert, lassen sich mit einem offener angelegten, machtkritischen Citizenship-Begriff auch (trans-)lokale und aktive bzw. aktivistische Formen von Bürger:innenschaft in den Blick nehmen. Auf diese Weise können kommunale Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit und Teilhabe analysiert werden; lokale Kämpfe einer nationalstaatlichen Ordnung, in der Migration eine Nor-

malität darstellt und gleichzeitig höchst umkämpft ist. Diese widersprüchliche Konstellation wird in der kritischen Migrationsforschung auch mit dem nachfolgend vorgestellten Begriff der «postmigrantischen Gesellschaft» umschrieben.

### 3.2 Von der Einwanderungs- zur postmigrantischen Gesellschaft

Mit Blick auf die Expansion und Diversifikation der deutschsprachigen Erforschung von Migration konstatieren Nieswand und Drotbohm (2014) eine «reflexive Wende in der Migrationsforschung». Die verschiedenen Ansätze und Studien in diesem Zusammenhang verbinde eine kritische «Haltung gegenüber (ehemals) dominanten Formen der Wissensproduktion» (Nieswand & Drotbohm 2014, 6). Konkret zeige sich dies anhand drei inhaltlicher Punkte: (1) Reflexiver Umgang mit vorherrschenden dualen Kategorisierungen wie «Einheimische»/«Ausländer», (2) Kritik am nationalstaatlichen Gesellschaftsverständnis (methodologischer Nationalismus) und (3) Kritik an einem statischen und essentialistischen Kulturverständnis (Nieswand & Drotbohm 2014, 7-22).

Diese drei Aspekte sind auch charakteristisch für das postmigrantische Forschungsprogramm. Der Begriff des «Postmigrantischen» stammt ursprünglich aus dem Kunst- und Kulturbereich in Deutschland, wo er 2008 von der Theatermacherin Shermin Langhoff hinsichtlich einer «postmigrantischen Kulturproduktion» eingeführt wurde (Foroutan 2016, 230). Zu Beginn der 2010er Jahre wurde der Begriff dann durch die Migrationsforschung aufgegriffen und etablierte sich seither als sozial- und kulturwissenschaftliche Untersuchungsperspektive. Mit Blick auf Deutschland gilt «die politische Anerkennung ein Einwanderungsland zu sein» als zentraler «Ausgangspunkt, um eine Gesellschaft als postmigrantisch zu bezeichnen» (Foroutan 2016, 239).<sup>3</sup> Vor dem Hintergrund der offiziellen Anerkennung als Einwanderungsgesellschaft geht es dem *post*-migrantischen Blick «um gesellschaftspolitische Aushandlungen *nach* der Migration», d. h. «nicht mehr darum, *ob* Deutschland ein Einwanderungsland ist, sondern *wie* dieses Einwanderungsland gestaltet wird» (Foroutan 2019, 19). Es wird gefordert, «hinter die Migrationsfrage [zu] schauen» und «den Fokus auf gesellschaftliche Kernkonflikte um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu lenken» (Foroutan 2019, 14) und nicht mehr «Forschung über MigrantInnen» (Bojadzijev & Römhild 2014, 10) zu betreiben. Vielmehr sollen dominante Klassifikationen und

3 Trotz der Kritik am methodologischen Nationalismus bezieht sich die Diagnose der postmigrantischen Gesellschaft also auf eine konkrete nationalstaatliche Ordnung. Auch die Schweiz wird mittlerweile als postmigrantische Gesellschaft thematisiert; siehe z. B.: [geschichtedergegenwart.ch/das-postmigrantische-kein-kind-der-akademie/](http://geschichtedergegenwart.ch/das-postmigrantische-kein-kind-der-akademie/).

damit einhergehende Polarisierungen dekonstruiert und «die Stimme und Erfahrung der Migration zum Ausgangspunkt» der wissenschaftlichen Analyse gemacht werden (Yildiz 2016, 71-72).<sup>4</sup>

Städte bilden einen wichtigen Untersuchungskontext der postmigrantischen Analyse und Diagnose; Städte verstanden als «Strukturen und informelle Gestaltungsräume, mit denen Migranten und deren Nachkommen aktiv zur Entwicklung von Urbanität beitragen» (Yildiz 2016, 74). Solche (post-)migrantischen Prägungen städtischer (Trans-)Lokalität und damit verbundene Erfahrungen und Auseinandersetzungen lassen sich mit dem oben vorgestellten Urban Citizenship-Begriff präziser beschreiben als mit dominanten nationalstaatlichen Integrationskonzepten. Ähnlich wie bei Urban Citizenship handelt es sich auch bei der postmigrantischen Forschungsperspektive um einen anerkennungsorientierten und emanzipativen Ansatz und weniger um eine paternalistische Eingliederungsforschung «von oben». Dahingehend teilt die Postmigrationsforschung mit den kritischen Citizenship-Studies auch «eine politische Perspektive, die gesellschaftliche Macht- und Dominanzverhältnisse in Frage stellt» (Yildiz 2016, 72). Hierzu gehört auch eine kritische Beschäftigung mit Rassismus und entsprechenden Anerkennungs- und Verteilungskämpfen (Espahangizi et al. 2016).

Für die im Migrations- und Fluchtcontext tätige Soziale Arbeit stellen sich vor diesem Hintergrund (mindestens) zwei Fragen: Einerseits die Frage nach konzeptuellen und methodischen Anschlussmöglichkeiten und andererseits diejenige der (professions-)politischen Positionierung.

#### 4 Kritische Professionalität statt hegemoniale Integrationsarbeit

Das diskutierte Citizenship-Verständnis offeriert eine «Gegenperspektive zum hegemonialen Integrationsdiskurs» (Lebuhn 2013, 231) und besitzt «für die kritische Migrationsforschung ein kaum zu unterschätzendes analytisches wie auch politisches Potenzial» (Hess & Lebuhn 2014, 27). Diskurse um Urban Citizenship und Postmigration adressieren nicht «Migrant:innen» oder «Flüchtlinge» als zu integrierende *Andere*, sondern beleuchten vielmehr ungleiche politische und soziale Rechte und Teilhabemöglichkeiten, migrationsgesell-

4 Der Migrationsforscher Paul Mecheril teilt zwar weitgehend die Prämissen des postmigrantischen Ansatzes, bevorzugt selbst aber den Begriff der «Migrationsgesellschaft». Das Konzept des «Postmigrantischen» findet er u. a. deswegen «irreführend», weil es suggeriere, «migrantische Phänomene gehörten empirisch eher einer nach wie vor zwar wirksamen, aber eben vergangenen Vergangenheit an» (Mecheril 2014, 111).

schaftliche Aushandlungsprozesse oder institutionelle Möglichkeiten für inklusivere Stadtpolitiken. Eine solcher Zugang ist anschlussfähig für alternative sozialarbeiterische Konzeptionen und Interventionen. So lassen sich Urban Citizenship und Postmigration z. B. integrieren in eine *reflexive Sozialraumarbeit*, die über eine raumbezogen-individuelle Ressourcenorientierung hinaus auch vorherrschende Ordnungsprinzipien des Räumlichen und entsprechende professionelle Handlungsdilemmata kritisch reflektiert (Kessl & Reutlinger 2010). Dies erfordert neben kontextspezifischen Interventionsmethoden auch «eine explizite und spezifische fachliche und damit immer auch politische Positionierung» (Kessl & Reutlinger 2010, 127). Etwa ein *Community Development*, das sich kritisch gegenüber dem neoliberalen Standortwettbewerb und räumlich-sozialen Marginalisierungen und Segregationen positioniert. Oder eine rassismuskritische Sozialraum(arbeits)forschung, die diskriminierende lokale Effekte der nationalen und kantonalen Migrationspolitik untersucht und sozialarbeiterische und sozialpolitische Gegenmassnahmen erarbeitet. Hierbei sind nicht zuletzt die Hochschulen gefordert. Statt herrschaftsfunktionale Dienstleitungen für politisch vordefinierte «Integrationsprobleme» anzubieten, könnten sie auf Basis sozialarbeiterischer Grundsätze und in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitenden aus relevanten Handlungsfeldern alternative fachliche Perspektiven und Problemdefinitionen entwickeln – und so zur professionellen Eigenständigkeit der Sozialen Arbeit beitragen. Die hier besprochenen (und andere) Konzepte aus der kritischen Stadt- und Migrationsforschung bieten dafür wichtige Anstösse.

### Literaturverzeichnis

- Aigner, Heidrun & Sarah Kumnig (Hrsg.). 2018. *Stadt für alle! Analysen und Aneignungen*. Wien, Berlin: Mandelbaum.
- Balibar, Étienne. 1990. Gibt es einen «Neo-Rassismus»? In Étienne Balibar & Immanuel Wallerstein, *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten* (S. 23–38). Hamburg: Argument.
- Bauböck, Rainer (ed.). 2018. *Debating Transformations of National Citizenship*. IMISCOE Research Series. Cham: Springer.
- Bauder, Harald. 2019. Migration und Citizenship: Vom Geburtsprivileg zum Domizilprinzip. In Sarah J. Grünendahl, Andreas Kewes, Emmanuel Ndahayo, Jasmin Mouissi & Carolin Nieswandt (Hrsg.), *Staatsbürgerschaft im Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion* (S. 31–47). Wiesbaden: Springer VS.
- Bojadzije, Manuela & Regina Römhild. 2014. Was kommt nach dem «transnational turn»? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung. In Labor Migration (Hrsg.), *Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung* (S. 10–24). Berlin: Panama Verlag.

- Espahangizi, Kijan, Sabine Hess, Juliane Karakayali, Bernd Kasperek, Simona Pagano, Mathias Rodatz & Vassilis S. Tsianos (Hrsg.). 2016. *Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Falk, Richard. 1994. The Making of Global Citizenship. In Bart van Steenbergen (eds.), *The Condition of Citizenship* (pp. 127–140). London: SAGE.
- Foroutan, Naika. 2016. Postmigrantische Gesellschaften. In Heinz Ulrich Brinkmann & Martina Sauer (Hrsg.), *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration* (S. 227–254). Wiesbaden: VS Verlag.
- Foroutan, Naika. 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Grünendahl, Sarah J., Andreas Kewes, Jasmin Mouissi, Emmanuel Ndahayo & Carolin Nieswandt. 2019. Staatsbürgerschaft im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Exklusion – Eine Einleitung. In Sarah J. Grünendahl, Andreas Kewes, Emmanuel Ndahayo, Jasmin Mouissi & Carolin Nieswandt (Hrsg.), *Staatsbürgerschaft im Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion* (S. 31–47). Wiesbaden: Springer VS.
- Hess, Sabine, Jana Binder, Johannes Moser. 2009. *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript.
- Hess, Sabine & Henrik Leuhn. 2014. Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. *sub\urban* 2(3): 11–34.
- Isin, Engin F. & Bryan S. Turner (eds.). 2002. *Handbook of citizenship studies*. London: SAGE.
- Isin, Engin F. & Greg M. Nielsen (eds.). 2008. *Acts of citizenship*. London, New York: Palgrave Macmillan.
- Isin, Engin F. & Bryan S. Turner. 2007. Investigating Citizenship: An Agenda for Citizenship Studies. *Citizenship Studies* 11 (1): 5–17.
- Kessler, Fabian & Christian Reutlinger. 2010. *Sozialraum. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kubaczek, Niki & Monika Mokre (Hrsg.). 2021. *Die Stadt als Stätte der Solidarität*. Wien: transversal texts.
- Leuhn, Henrik. 2013. Migration – Recht – Citizenship. Potentiale und Grenzen eines kritischen Diskurses. In Paul Mecheril, Oscar Thomas-Olalde, Claus Melter, Susanne Arens & Elisabeth Romaner (Hrsg.), *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive* (S. 230–244). Wiesbaden: Springer VS.
- Lister, Ruth. 1998. Citizenship and Difference. Towards a Differentiated Universalism. *European Journal of Social Theory* 1(1): 71–90.
- Lister, Ruth, Noel Smith, Sue Middleton & Lynne Cox. 2003. Young People Talk about Citizenship: Empirical Perspectives on Theoretical and Political Debates. *Citizenship Studies* 7(2): 235–253.
- Mackert, Jürgen. 2006. *Staatsbürgerschaft. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mackert, Jürgen & Bryan S. Turner (eds.). 2017. *The transformation of citizenship*. London, New York: Routledge, Taylor & Francis Group.
- Marshall, Thomas H. 2000. Staatsbürgerrechte und soziale Klassen (im Original: Citizenship and Social Class). In Jürgen Mackert & Hans-Peter Müller (Hrsg.), *Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft* (S. 45–102). Wiesbaden: VS Verlag.
- Mecheril, Paul. 2014. Was ist das X im Postmigrantischen? *sub\urban* 2(3): 107–112.
- Mecheril, Paul, Oscar Thomas-Olalde, Claus Melter, Susanne Arens & Elisabeth Romaner (Hrsg.). 2013. *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive*. Wiesbaden: Springer VS.

- Mecheril, Paul, Oscar Thomas-Olalde, Claus Melter, Susanne Arens & Elisabeth Romaner. 2016. Migrationsforschung als (Herrschafts-)Kritik! Ein unabgeschlossenes und revisionäres Projekt. In Thomas Geier & Katrin U. Zaborowski (Hrsg.), *Migration: Auflösungen und Grenzziehungen* (S. 17–45). Wiesbaden: Springer VS.
- Morawek, Katharina. 2018. Der Weg zu einer Demokratisierung der Schweizer Demokratie. *Terra cognita* 33: 104–106.
- Nieswand, Boris & Heike Drotbohm (Hrsg.). 2014. *Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Piñero, Esteban. 2015. *Integration und Abwehr. Genealogie der schweizerischen Ausländerintegration*. Zürich: Seismo Verlag.
- Rodatz, Mathias. 2012. Produktive «Parallelgesellschaften». Migration und Ordnung in der (neoliberalen) «Stadt der Vielfalt». *Behemoth* 5(1): 70–103.
- Rodatz, Mathias. 2016. Summer in the City?!: Urban Citizenship nach dem Sommer der Migration. *Widerspruch* 35(68): 79–90.
- Schilliger, Sarah. 2018. Urban Citizenship. Teilhabe für alle – da, wo wir leben. In Heidrun Aigner und Sarah Kumnig (Hrsg.), *Stadt für alle! Analysen und Aneignungen* (S. 14–35). Wien, Berlin: Mandelbaum.
- Soysal, Yasemin. 1994. *Limits of citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*. University of Chicago Press.
- Wagner, Leonie (Hrsg.). 2009. *Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Yildiz, Erol. 2016. Postmigrantische Perspektiven. Von der Hegemonie zur urbanen Alltagspraxis. In Aysun Doğmuş, Yasemin Karakaşoğlu-Aydın & Paul Mecheril (Hrsg.), *Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft* (S. 71–84). Wiesbaden: Springer VS.